



LIFE Clean Air Farming

Reduzierung der Ammoniak- und Methanemissionen aus der Landwirtschaft zur Verbesserung der Luftqualität und des Klimaschutzes

Mit unserem europäischen LIFE Projekt Clean Air Farming wollen wir die Ammoniak- und Methanemissionen aus der Landwirtschaft reduzieren. Gemeinsam mit unseren Partnern European Environmental Bureau (EEB), France Nature Environnement (FNE) und Bodenseestiftung (BoSti) streben wir eine bessere Umsetzung und Verbesserung der jeweiligen Gesetzgebung, Struktur- und Kompetenzentwicklung und die Veränderung der Konsummuster an. Das Projekt läuft von August 2018 bis Januar 2022 und wird durch das LIFE-Programm der EU kofinanziert.

Hintergrund

Emissionen von Ammoniak (NH_3) und Methan (CH_4) wirken sich negativ auf die menschliche Gesundheit, das Klima und Ökosysteme aus. Methan hat ein um etwa 28-mal höheres Treibhauspotenzial (GWP) als CO_2 (IPPC Report 5). Zusätzlich ist es eine Vorläufersubstanz bei der Bildung von bodennahem Ozon (O_3), welches Pflanzen schädigt und zu Asthma und Atemwegserkrankungen sowie einer Beeinträchtigung der körperlichen Leistungsfähigkeit führt. Im Jahr 2014 war bodennahes Ozon für 2.220 vorzeitige Todesfälle in Deutschland und 1.630 in Frankreich verantwortlich (EEA Air Quality Report 2017).

Ammoniak reagiert schnell mit anderen Luftschadstoffen zu partikulären Ammoniumsulfaten und -nitrat, die zur Gesamtpartikelbelastung beitragen (PM 2,5). Feinstaub ist mitverantwortlich für Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Herzinfarkt und Krebs. Er beeinflusst das zentrale Nervensystem und die Fortpflanzungsorgane. Im Jahr 2014 gab es in Deutschland 54.180 und in Frankreich 27.170 vorzeitige Todesfälle durch die Feinstaub-Belastung mit PM 2,5. Zuletzt trägt Ammoniak aus der Landwirtschaft wesentlich zum übermäßigen Eintrag von Luftstickstoff in natürliche Ökosysteme bei und verursacht Eutrophierung, Versauerung und damit den Verlust der biologischen Vielfalt. Bereits 63 % der europäischen Ökosysteme und 73 % der NATURA-2000-Gebiete sind von Luftverschmutzung betroffen.

In Europa ist die Landwirtschaft für über 50 % der Methan- und 90 % der Ammoniakemissionen verantwortlich. Die wichtigsten Quellen von Methan sind Emissionen aus der Fermentation während des tierischen Verdauungsprozesses von Wiederkäuern und Emissionen bei der Lagerung von Festmist, Gülle und Gärresten. Ammoniak wird bei der Ausbringung von Mineraldüngern auf Harnstoffbasis emittiert und entsteht ebenfalls bei der Lagerung und Ausbringung



von Wirtschaftsdünger aus der Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltung. Landwirtschaftliche Produktionsverfahren vor allem im Bereich der Milch- und Fleischerzeugung bieten daher zahlreiche Ansatzpunkte für eine wirkungsvolle Minderung von direkten und indirekten Treibhausgasen.

Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Luftverschmutzung sind thematische Prioritäten, die sowohl im 7. Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union für die Zeit bis 2020 als auch bei den UN Sustainable Development Goals mitenthalten sind.

Die größten Herausforderungen sind ist zum einen die mangelnde Umsetzung von Rechtsvorschriften und zum anderen die Berücksichtigung von bereits vorhandenem Wissen in Gesetzgebungsverfahren und in der Praxis. Verpflichtungen zur Reduzierung der Ammoniak- und Methanemissionen sind unzureichend oder nicht vorhanden. Das Göteborg-Protokoll zur Verringerung der Versauerung, Eutrophierung und des bodennahen Ozons enthält keine Ziele in Bezug auf Methan. Auch in die überarbeitete Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (2016/2284, kurz NEC-Richtlinie) adressiert Methan nicht. Jedoch bestehen Reduktionsverpflichtungen u.a. für NH₃- und PM_{2,5}-Emissionen für die Jahre 2020 und 2030. Im Rahmen von Nationalen Luftreinhalteprogrammen (NAPCP) müssen die Mitgliedstaaten festlegen, mit welchen weiteren Maßnahmen diese Ziele erreicht werden können. Es fehlen jedoch bislang umfassende Informationen und der politische Wille, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Zudem wird der Sektor von den Akteuren der industriellen Produktion dominiert. Dies spiegelt auch die Vergabe von Subventionen wider, die Teil der derzeit gültigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sind.

Hauptziele

- **Sensibilisierung** der Verbände der Fleisch- und Milch produzierenden Industrie und der Akteure des Lebensmittelsektors sowie die **Erarbeitung einer gemeinsamen Position**
- **Einbindung von NGOs in Gesetzgebungsprozesse** und zur Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben
- **Verbesserung des Lehrplans der landwirtschaftlichen Berufsausbildung**, um künftige Landwirte über die Auswirkungen ihres eigenen Handelns zu informieren und praktische Instrumente zur Vermeidung negativer Umweltauswirkungen an die Hand zu geben
- **Reduzierung von Lebensmittelabfällen** von Fleisch und Milchprodukten entlang der Lieferkette zur Steigerung der gesamten Ressourceneffizienz bei der Nahrungsmittelproduktion und zur Reduzierung der absoluten Emissionen von Methan und Ammonium

Aktivitäten und Ergebnisse

- An **Runden Tischen** werden, gemeinsam mit Verbänden der Fleisch- und Milch produzierenden Industrie und Akteuren des Lebensmittelsektors, Methoden und deren



Harmonisierung zur Reduktion von Methan und Ammoniak diskutiert, sowie notwendige politische Rahmenbedingungen und Anreize identifiziert und eine gemeinsame Position erarbeitet.

- Darüber hinaus werden Lebensmittelunternehmen motiviert, **wirksame und nachweisbare Kriterien bezüglich Ammoniak und Methan** an Lieferanten und zertifizierte Betriebe zu stellen. Schriftliche Empfehlungen für die Überarbeitung existierender Label und Standards in der Fleisch- und Milchproduktion werden an Unternehmen und Organisationen vermittelt.
- Die **Koordination der Beteiligung und Beiträge von europäischen NGOs** zur Umsetzung und Revision der relevanten Richtlinien und Programme. Dies umfasst die Umsetzung der NEC-Richtlinie, insbesondere die Erarbeitung der **Nationalen Luftreinhaltprogramme** sowie die Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die **Revision des Göteborg-Protokolls** wird mit dem Ziel begleitet, dieses auf Methan zu erweitern.
- Die **Beteiligung der NGOs** umfasst die Teilnahme an Anhörungen, Medienarbeit, Positionspapiere zusammen mit Stakeholdern, die Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen und Vorschläge neuer wirksamen Maßnahmen. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Ländern Deutschland und Frankreich.
- **Durchführung von Dialogen** zwischen den Akteuren zur Harmonisierung der Luftqualitätsaktivitäten in Frankreich um die tragfähige Umsetzung des Nationalen Plans zur Reduktion von Luftschadstoffemissionen (PREPA).
- Behörden für landwirtschaftliche Bildung, Landwirtschaftskammern, Institute, Verbände und Berufsschulen in Deutschland werden adressiert um Ammoniak- und Methanreduktion in die landwirtschaftliche Berufsausbildung zu integrieren. Mittels einer **Umfrage und Expertengespräche** werden u.a. die Verantwortlichen der Landwirtschaftskammern partizipativ in die Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen miteinbezogen.
- **Eine Studie** über die rechtliche Situation beschreibt die Hemmnisse zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen entlang der Lieferkette in Deutschland, beschreibt Best-Practice Beispiele in den EU-Mitgliedstaaten und leitet daraus Empfehlungen für politische Entscheidungsträger ab. Zusätzlich wird mithilfe von **Petitionen** Druck auf Politiker und Lebensmittelhändler ausgeübt.
- Durch **intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** wird in der Gesellschaft das Bewusstsein zum Thema Lebensmittelverschwendung weiter geschärft und Medienvertreter informiert.
- Die **Projekt-Webseite** dient als zentrale Informationsplattform für die breite Öffentlichkeit und Experten.

Über die Projektpartner

Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) ist eine deutsche, nichtstaatliche Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation und arbeitet seit vielen Jahren auf dem Gebiet des Klimaschutzes



und der Luftreinhaltung. Zu den Kernkompetenzen der DUH zählen die Koordination von Projekten und Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Verbraucherinformation sowie das Bereitstellen von Informationen für politische Entscheidungsträger. Seit 2015 arbeitet die DUH an der Ammoniak- und Methanreduktion in verschiedenen Projekten wie "Minus Methan" und einer Informationskampagne zur Minderung des Stickstoffüberschusses.

Das European Environmental Bureau (EEB) ist europaweit die größte Vereinigung von NGOs, die sich mit Umweltangelegenheiten und Naturschutz beschäftigen. Es vertritt die Meinung von etwa 15 Millionen europäischen Bürgern und steht für Gerechtigkeit in der Umweltpolitik, nachhaltige Entwicklung und partizipatorische Demokratie. Zu den EEB Mitgliedern zählen über 140 Mitgliedsorganisationen in 31 Ländern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Einflussnahme auf die EU-Politik und der Umsetzung und Bewertung von vereinbarten Regelungen.

France Nature Environnement (FNE) ist der größte Verband von Umweltverbänden in Frankreich. Er wurde 1968 gegründet und 1976 als gemeinnützig anerkannt. Er spricht im Namen von 3500 Verbänden in Frankreich und den Überseegebieten und besteht aus 13 thematischen Abteilungen wie Landwirtschaft, Umweltgesundheit, Abfall, Verkehr etc. und verschiedenen Dienstleistungen wie institutionelle Beziehungen, Recht, Wirtschaft etc. FNE mit dem Slogan "partout où la nature a besoin de nous" (wo immer die Natur uns braucht) handelt zum Schutz der Umweltressourcen, der Natur und der menschlichen Gesundheit.

Die Bodensee-Stiftung (BoSti) ist eine private gemeinnützige Umweltorganisation mit Sitz in Radolfzell am Bodensee. Seit 1998 setzt die Stiftung Modellprojekte auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene um, die aufzeigen, dass eine nachhaltige Entwicklung realistisch und möglich ist. Die Unterstützung einer umweltschonenden, klima- und biodiversitätsverträglichen Landwirtschaft gehört zu den zentralen Handlungsfeldern der Stiftung.

Kontakt:

Christine Hellerström,
Deutsche Umwelthilfe e.V., Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 24 00 867 731, E-Mail: hellerstroem@duh.de
www.duh.de



The project Air & Agriculture/ Clean Air Farming is co-financed by the LIFE programme of the European Commission